

Fremde wie wir

von *Rebecca Gulowski*



Titel Postmigrantisches Perspektiven

Untertitel Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik

Autor(en) Naika Foroutan / Juliane Karakayali / Riem Spielhaus (Hg.)

Land Deutschland / USA

Erschienen Frankfurt am Main / New York 2018: Campus

Umfang 315 S.

Preis EUR 34,95

ISBN 978-3-593-50773-6

Rezension zu "Postmigrantisches Perspektiven. Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik" von Naika Foroutan, Juliane Karakayali und Riem Spielhaus (Hg.)

Der vorliegende Sammelband ist nicht aus innerakademischen, sondern aus öffentlichen Debatten an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit hervorgegangen. Federführend ist die Sektion „Postmigrantisches

Gesellschaft“ des Rats für Migration, seines Zeichens „ein bundesweiter Zusammenschluss von rund 150 Wissenschaftler_innen aus unterschiedlichen Disziplinen, die zu Fragen von Migration und Integration forschen.“ (S. 9, Fn. 2) Seine zentrale Aufgabe sieht der Rat nach eigener Aussage darin, „politische Entscheidungen und öffentliche Debatten über Migration, Integration und Asyl kritisch zu begleiten.“ (ebd.) Diese Informationen seien vorweggeschickt, um den dezidiert normativen Anspruch kenntlich zu machen, mit dem die 18 Beiträge nebst der Einleitung der drei Herausgeberinnen auftreten. Neben einer analytisch präzisen und empirisch reichhaltigen „Postmigrantischen Zeitdiagnose“ (Magdalena Nowick) und dem Erkennen von Transformationsprozessen geht es den Autorinnen und Autoren mit ihren eigenen Erklärungs- und Lösungsansätzen nicht zuletzt um gezielte Interventionen, die gesellschaftliche Wandlungsprozesse anstoßen sollen (S. 62).

Zur besseren Differenzierung der Beiträge und ihrer verschiedenen Erkenntnisinteressen sei hier die Unterscheidung von politischer Erkenntnistheorie und Erkenntnispolitik vorgenommen. Mit dem Label „politische Erkenntnistheorie“ sollen hier diejenigen Abhandlungen benannt werden, die der Frage nachgehen, *welche* Erkenntnis und *welches* Wissen vor dem Hintergrund bestehender Begriffs- und Ordnungssysteme möglich sind beziehungsweise durch gesellschaftliche *Repräsentationen* (wie zum Beispiel Erinnerungspolitiken oder Kuratorien) erst ermöglicht werden. Zusammen mit der weitergehenden Frage, welche Arten und Weisen von Wissen und Erkennen denkbar sind, geht es dabei immer auch darum zu erörtern, was Wissenschaft im Kontext der bestehenden Begriffs- und Ordnungssysteme beziehungsweise Repräsentationen bedeuten und leisten kann. Klassische Beispiele so verstandener politisch-erkenntnistheoretischer Forschung sind etwa feministische oder postkoloniale Ansätze. Komplementär und kontrastierend dazu zielen die unter dem Rubrum der „Erkenntnispolitik“ versammelten Ausführungen darauf ab, die im Zuge der Wissens- und Erkenntnisproduktion hervorgebrachten und als veränderlich begriffenen Diskurse und Wirklichkeiten im Sinne bestimmter normativer Wertungen und Urteile zu beeinflussen. In diesem Sinne spricht etwa Kira Kosnick von einer „(wissenschafts-)politischen Intervention“ (S. 164). Im Vordergrund steht dabei wohlgerne nicht das Ringen um die Meinungshoheit innerhalb gesellschaftlicher Diskurse, sondern vielmehr der *Kampf um die Episteme*, auf deren Grundlage gesellschaftlich anerkannte Meinungen überhaupt erst gebildet werden. Die Beiträge des in die vier Kapitel „Perspektiven“, „Ordnungssysteme“, „Repräsentationen“ und „Rassismuskritik“ unterteilten Sammelbandes spiegeln die zwischen politischer Erkenntnistheorie und Erkenntnispolitik oszillierenden Denkbewegungen wider.

Den im ersten Kapitel versammelten Beiträgen geht es um die Bestimmung der Differenzen, durch die sich der von ihnen verfolgte Ansatz des „Postmigrantischen“ vom klassischen Kanon der Migrationsforschung unterscheidet. Ihrem Selbstverständnis nach brechen die „postmigrantischen Perspektiven“ sowohl mit der kultursoziologischen Betrachtungsweise eines Robert E. Park^[1] oder dem reduktionistischen „folk-urban-continuum“ des Ethnologen Robert Redfield^[2] und

erweitern die in den 1980er-Jahren einsetzende Forschung zu den Folgen der Globalisierung sowie netzwerktheoretische Perspektiven auf transnationale Migration.[3] Die „Ideen zum Postmigrantischen“ (Erol Yildiz) fokussieren auch nicht auf Wanderungsprozesse, die aufgrund verschiedener „push“- oder „pull“-Faktoren wechselnden Konjunkturen unterliegen. Vielmehr bemühen sie sich um eine „Neuerzählung und Neuinterpretation des Phänomens ‚Migration‘ und deren gesellschaftliche Konsequenzen“ (S. 22), wobei sie den Blick „weg von der Peripherie hin ins Zentrum“ der Einwanderungsgesellschaften richten (S. 19). Damit nähert sich das Postmigrantische bei Yildiz den postkolonialen Ansätzen Stuart Halls und Homi Bhabas und dem Projekt einer gegenhegemonialen Wissensproduktion an, bei dem es um die erkenntnispolitische Auflösung binärer Differenzkategorien im Zusammenhang mit „Fremdheit“ und „Andersartigkeit“ geht, die sowohl die Politik als auch weite Teile der Migrationsforschung selbst durchziehen.

Derlei Bemühungen sind nun sicher nicht neu, sondern bereits Bestandteil von Arbeiten zur Transmigration, die eine netzwerkanalytische Heuristik einer dichotomen entgegensetzen und transmigrantische Bewegungen als sich entwickelnde Interaktionen und Beziehungsformationen sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene des Herkunfts- und Einwanderungslands verstehen.[4] Was die hier versammelten Beiträge zu den „Ideen des Postmigrantischen“ von den empirisch reichhaltigen Arbeiten der Transmigrationsforschung jedoch unterscheidet, ist ihr dezidiert politischer Gestaltungswille. In dieser Hinsicht weist die postmigrantische Perspektive durchaus Analogien zu postkolonialen Ansätzen auf, mit denen sie nicht nur in Fragen der politischen Erkenntnistheorie, sondern auch in ihrer erkenntnispolitischen Zielsetzung übereinstimmt. „Erst die grundlegende Infragestellung der herkömmlichen hegemonialen Weltansicht eröffnet neue Perspektiven auf die Welt und macht andere Lesarten sichtbar. Die neuen globalen Öffnungsprozesse bringen andere Verortungspraxen hervor und verlangen nach einem anderen Weltverständnis. (...) Dieser Bruch [mit eindeutigen Verortungen, R.G.] stellt kategoriale Dualismen von ‚Uns und den Anderen‘ radikal in Frage und rückt stattdessen produktive und kreative Spaltungen, mehrheimische Zugehörigkeiten und bewegte Biografien ins Blickfeld.“ (S. 21).

Die mögliche Umsetzung dieser theoretischen Überlegungen diskutiert exemplarisch der Text von Moritz Schramm (S. 83–96), der die postmigrantische Perspektive gezielt zur Auflösung binärer Unterscheidungen in der Literaturwissenschaft einsetzt. Er stellt den sonst vermehrt akteursorientierten Ansätzen, die eine Distinktion zwischen einer sogenannten, vom ihm selbst kritisch in Anführungszeichen gesetzten „Migrationsliteratur“ und einer „normalen“ (S. 83) Literatur nur verschärfen würden, den gelungenen Versuch an die Seite, das „Postmigrantische“ als politisch erkenntnistheoretische Brille zu verstehen, durch die sich unabhängig von der Biografie der jeweiligen Autorin oder des jeweiligen Autors auf Literatur im Allgemeinen blicken lasse (S. 83–84). Migration, so Schramm, sei konstitutiv für die Literatur und andere Kulturpraktiken westeuropäischer Gesellschaften ab der Mitte des 20. Jahrhunderts. Ohne die

Reflexion auf migrantische Prozesse und deren Bedeutung für unerschiedliche kulturelle Felder seien diese nicht richtig zu deuten (S. 89). Aber wie kann das gelingen? Wie soll die postmigrantische Perspektive, in der Migration nicht nur als Gegenstand, sondern als immer schon konstituierender Bestandteil und Ausgangspunkt von Formen der Wissensgenese erscheint und auf postmigrantische Wissensproduktion als „subversiven Widerstand“ (Erol Yildiz) setzt, methodologisch und methodisch umgesetzt werden?

Um Antworten auf eben diese Frage bemühen sich die Beiträge des zweiten Kapitels „Ordnungssysteme“. Das gemeinsame Anliegen der insgesamt vier Beiträge besteht dabei in der Offenlegung rassistischer und islamophober Strukturen und ihrer Wirkmechanismen in gesellschaftlichen Institutionen wie dem Verwaltungs- und Bildungssystem oder dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig bemühen sich die AutorInnen um teilweise recht konkrete erkenntnispolitische Handlungsempfehlungen für die wissenschaftliche Praxis. In ihrem Beitrag über „Gleichstellungsdaten“ (S. 97-111) kritisieren etwa Joshua Kwesi Aikins und Linda Supik den üblichen Ablauf statistischer Erhebungen in Deutschland, der häufig nicht nur die notwendige Distanz zu rechtlichen und polizeilichen Praktiken wie Racial Profiling oder Predictive-Policing vermissen lasse, sondern dem es nicht selten auch an Sensibilität im Umgang mit Diskriminierungsstrukturen fehle. Auch wenn die AutorInnen einen Anstieg an Datenerhebungen zu Phänomenen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Vorurteilen einräumen, reiche diese durchaus kritische Perspektive nicht aus, um die gesellschaftliche Bedeutung der Migration in Deutschland ausreichend zu repräsentieren. Stattdessen deuten die AutorInnen auf einen bemerkenswerten Widerspruch im Umgang der staatlichen Behörden mit Kategorisierungen von Personengruppen hin. Einerseits sei Deutschland bereits mehrfach von UN-Ausschüssen aufgefordert worden, im Zuge der Umsetzung des Sozialpakts und der UN-Antirassismuskonvention ein gezieltes Monitoring durch eine differenzierte Erhebung diskriminierungsrelevanter Daten zu ermöglichen, was man aber von deutscher Seite unter Verweis auf die historische Erfahrung des Nationalsozialismus grundsätzlich abgelehnt habe (S. 98 f.). Andererseits betreibe die Polizei aber genau das, wenn Menschen aufgrund ihres Aussehens als „Nafris“, das heißt als Nordafrikaner oder als Nordafrikanische Intensivtäter, bezeichnet und festgesetzt würden, wie in der Kölner Silvesternacht 2017 (S.97). Aikin und Supik bringen diese Beobachtung dann in Zusammenhang mit dem Fehlen von differenzierten Erhebungen und Kategorisierungen bei Hassverbrechen. Hasskriminalität würde undifferenziert abgebildet, so dass sich Konjunkturen politisch motivierter Gewalt gegenüber bestimmten Personengruppen kaum feststellen ließen (S.98). „Im Ergebnis“, so das scharfe Urteil Fazit der AutorInnen, „scheint es gegenwärtig in Deutschland einfacher, Kategorisierungen und Datenerhebung zur Diskriminierung als zur Anti-Diskriminierung zu verwenden.“ (S. 99) Demgegenüber plädieren Kwesi Aikins und Supik für eine differenzierte Erfassung von Gleichstellungsdaten, die sie als Grundlage für menschenrechtsbasierte Antidiskriminierungspolitik verstanden wissen wollen. Im Gegensatz zu den eben genannten Daten eröffneten diese neben der Möglichkeit zur Abfrage von Fremdzuschreibungen auch die Möglichkeit zur Abfrage von Selbstzuschreibungen. Dieser Vorschlag entspricht der zentralen Forderung der

Kritischen Migrationsforschung, als migrantisch bezeichneten Personen beziehungsweise Personengruppen eigene Handlungsmacht zuzugestehen.

Auf diese Weise ließe sich womöglich auch das von Riem Spielhaus beschriebene Problem der „Migrantisierung von Muslimen und Islamisierung von Migranten“ (S. 129-143) entschärfen. Ihrer Ansicht nach lässt sich in der Forschung zu Migrationswirklichkeiten und -praxen in den letzten zwanzig Jahren eine bedeutsame Verschiebung von der Figur des „Migranten“ hin zum „muslimischen Migranten“ ausmachen, die in den oft hitzig geführten Debatten um Integration, Sicherheit und Identität immer häufiger eine Rolle spiele (S. 131-132). Dadurch trage das akademische Wissen über Migration zur (Re-)Produktion einer Ordnung bei, die muslimische Menschen nicht nach ihrem Aufenthaltsstatus, sondern aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit klassifiziere. Spielhaus verdeutlicht damit die Notwendigkeit zur kritischen Selbstreflexion der Wissenschaft, die er auffordert, die von ihr verwendeten Kategorien immer wieder auf ihre politischen Implikationen hin zu überprüfen: „Im Sinne epistemologischer Unabhängigkeit“, so Spielhaus, gelte es „den fundamentalen Unterschieden zwischen den Kategorien Migrant, Migrationshintergrund, (ehemalige) Nationalität, Ethnizität und Religionszugehörigkeit in der Forschung Rechnung zu tragen [Hervorheb. im Orig., R. G.]“ (S. 139).

Die Beiträge des dritten Kapitels sind exemplarisch für das eingangs erwähnte Oszillieren zwischen Erkenntnispolitik und politischer Erkenntnistheorie. Unter der Überschrift „Repräsentationen“ verhandeln die Autor_innen darin die Bedeutung postmigrantischer Perspektiven für wichtige gesellschaftliche Bereiche, in denen die Frage nach den Gelingensbedingungen der Repräsentation pluraler Lebenswirklichkeiten besonders relevant ist.

Anhand ihrer persönlichen Erfahrungen im Rahmen des EU-finanzierten Projekts *Changing City Spaces* beschreibt Kira Kosnik, wie Stereotype und folkloristische Vorstellungen homogener ethnisch-kultureller Communities durch Vorgaben mittelzuweisender Institutionen wissenschaftlich reproduziert werden (S.160 f.). Statt sich mit der in ihren Augen undifferenzierten Frage nach der „türkischen Kulturproduktion“ (S. 160) in Berlin zu beschäftigen, wollten sich Kosnik und ihre Kolleg_innen lieber auf die postmigrantische Berliner Clubszene als Ort transnationaler und hybrider Kulturproduktion konzentrieren, in denen der Begriff des „Fremden“ eine andere, nicht stereotype Bedeutung habe. Statt „nicht dazugehörige Andere“ zu bezeichnen, verweise er vielmehr auf Menschen als einander „Unbekannte, die sich im Verlauf der Nacht begegnen können“ (S. 164). Kosnik beschreibt sowohl die Ablehnung, auf die ihr Vorhaben stieß, als auch die Gründe für ihr Vorgehen, das sie als notwendige Erweiterung einer traditionellen Stadtforschung verstanden wissen will, die den Begriff der „Community“ als „Platzhalter für alle möglichen sozialen Gruppenformationen“ verwende, „deren Mitglieder im Rahmen hegemonialer, gesellschaftlich dominanter Klassifikationen im besten Fall als minoritär, zumeist jedoch als problematisch begriffen und behandelt“ würden (S. 162).

Natalie Bayer und Mark Terkessidis (S. 191–206) hingegen setzen sich kritisch mit den gegenwärtigen Formen der Repräsentation von Migration in der deutschen Museumslandschaft auseinander. Ihrem Befund zufolge werde Migration vornehmlich auf zwei Weisen dargestellt: Entweder vermittelt über das ‚Gastarbeiternarrativ‘ (S. 192), das chronologisch eine Geschichte des Nichtdazugehörens und der langsamen Integration erzähle, oder über eine folkloristische Perspektive, die auf Kulinarik und Religion fokussiere. Gleichzeitig fuße diese Art des Kuratierens auf einem Wissenschaftsglauben an Objektivität. Ausgehend von diesem Befund fordern sie „neue Narrativierungen“ (S. 193), die Migration als transversalen Bestandteil der Gesellschaft begreifen, und plädieren für eine antirassistische, kollaborative Praxis des Kuratierens, die das Museum nicht „als Ort des (objektiven) Sammelns von Objekten“ (S. 197) versteht, sondern als Raum für einen nie abgeschlossenen Prozess des Suchens, Findens und Fragens.

Auf Grundlage reicher empirischer Forschungen^[5] zum Umgang mit dem Holocaust, der Shoa und mit anti-semitischen Einstellungen bei Geflüchteten gehen Sina Arnold und Jana König der Frage nach, wie eine Geschichts- und Erinnerungspolitik aussehen müsste, die postmigrantische Perspektiven integriert (S. 173–190). Ihr besonderer Fokus liegt dabei auf der erinnerungspolitischen Thematisierung des Holocaust (S. 175), über den Geflüchtete aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, die seit 2015 in Deutschland leben, allenfalls rudimentäre Kenntnisse besäßen (S. 178), während in der deutschen Bevölkerung eine wachsende Zustimmungsbereitschaft zu sekundäranisemitischen Aussagen zu konstatieren sei. Angesichts dieser Entwicklungen müsse man sich „lösen von rein identitätsbasierten partikularistischen historischen Erzählungen und die universellen Bezugspunkte herausarbeiten, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Differenzierung von historischen Ereignissen und Erfahrungen“ (S. 183).

Im letzten Beitrag des Kapitels (S. 207–221) entwirft Sibylle De La Rosa unter Rekurs auf Überlegungen von Homi Bhaba und Hannah Arendt die Vision einer postmigrantischen Demokratie. Verwirklicht werden soll die konkrete Utopie, die die Autorin als Gegenprojekt zu den existierenden nationalstaatlichen Demokratien verstanden wissen will, „mit Hilfe der Praktiken transnationaler Bewegungen“, die grenzübergreifend den Nachweis erbringen sollen, „wie Zusammenhalt und Solidarität durch demokratische Kommunikationspraktiken generiert werden können“ (S. 219).

In den vier Beiträgen zur „Rassismuskritik“, das als einziges Kapitel nicht gleichnamig im Titel des Sammelbandes vorkommt, geht es um Möglichkeiten und Formen einer von linearen Vorstellungen einer zunehmenden Zivilisierung der Welt und themenpolitischen Konjunkturen unabhängigen kritischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rassismus. Juliane Karakayali und Paul Mecheril (S. 225–235) gelangen über die Analyse konkurrierender Migrationsregime zu entlarvenden Einsichten über den hartnäckigen Fortbestand fremdenfeindlicher Einstellungen. Der Bezug auf Migrationsregime bietet in ihren Augen „eine analytische Perspektive, mit der sich die gesellschaftlichen Kämpfe auf dem Feld

der Migration in ihrer Dynamik und Ambivalenz erfassen lassen.“ (S. 229) Geführt werde dieser Kampf über Krisendiagnosen und entsprechende Regulierungspraxen, die Möglichkeiten der Subjektivierung sowie des Ein- und Ausschlusses von Subjekten eröffneten. Zwei Krisendiagnosen, die Karakayali und Mecheril ausmachen, sind die „Integration“ und die „Überforderung“. Der Diskurs über Integration setze als Erfolgskriterium stillschweigend Anpassung voraus, die in den öffentlichen Debatten wahlweise als gelungen, misslungen, gescheitert, verpasst oder sogar als verweigert interpretiert werde. Während also die alleinige „Bringschuld“ bei den Migrant_innen verortet werde, bleibe die Bewertung des Integrationsprozesses den Expert_innen des Einwanderungslandes vorbehalten. Eine wichtige Erweiterung habe der als problematisch identifizierte Integrationsdiskurs schließlich durch die im Zuge der sogenannten „Flüchtlingskrise“ formulierte Diagnose der Überforderung erfahren. Leitend für diesen Diskurs ist aus Sicht von Karakayali und Mecheril das Interesse an einer Regulierung von Zuwanderung, die Menschen nach Maßgabe der Kriterien „(ewiger) Unnützlichkeit und (vorläufiger) Nützlichkeit [Hervorheb. im Orig., R. G.]“ (S. 232) unterscheide. Die Regulierung von Migration gehe in Deutschland mit der Bewertung von Menschen einher, einer Praxis, die überdeutlich auf Rassismus und vorhandene postkoloniale Strukturen deute, deren Logik auf der Ab- und Entwertung von Menschen bei gleichzeitiger Aufwertung der eigenen Gruppe basiere.

Ganz im Sinne Georg Simmels, der in seinem 1908 erschienenen Text *Der Streit* auf die Möglichkeit einer Vergesellschaftung durch Konflikt hingewiesen hat, machen sich abschließend Karakayali und Stjepandić Gedanken über die Frage, wie sich im Zuge politischer Auseinandersetzungen „Solidarität in Postmigrantischen Allianzen“ herstellen lässt. Entscheidend sei, dass die Solidarität mit als migrantisch markierten Menschen in Deutschland von Menschen ohne Migrationsgeschichte nicht (allein) aufgrund von Mitleid oder Sympathie (und damit) in einer binären Bewegung privilegierter Helferinnen und Helfer auf der einen und den „Migrations-Anderen“ auf der anderen Seite entstehe. Die spezifische Form postmigrantischer Solidarität, die die Autorinnen anhand einer Reihe von Fallbeispielen (Kanak Attak, DeutschPlus, der Junge Rat) zu illustrieren suchen, sei, ähnlich zur Solidarität unter Fremden im Konzept des Verfassungspatriotismus, keine durch soziale Nähe gewachsene, wie sie für die sozialen Bewegungen der 1980er- und 1990er-Jahre kennzeichnend gewesen sei, sondern eine Solidarität, die auf geteilten politischen Haltungen und normativen Zielen basiere (S. 240–242). Während im Verfassungspatriotismus jedoch das Verbindende in geteilten politischen Werten und in der Anerkennung der Verfassungsordnung und ihrer Institutionen wurzele und auf dem Konzept der Staatsbürgerschaft fuße, basiere postmigrantische Solidarität auf dem transnationalen Engagement für konkrete politische Ziele und Forderungen.

Insgesamt ist dem Sammelband eine breite Rezeption zu wünschen, denn Leserinnen und Leser bekommen nicht nur Wissen zum Thema Migration präsentiert, sondern sie werden auch für die kritisch-reflexive Auseinandersetzung

mit den Prämissen und Implikationen der (eigenen) Forschung sensibilisiert. Gleichwohl kann man nicht umhin zu konstatieren, dass der Wunsch nach politischer Wirkung häufig stärker ist als das Bemühen um theoretische Klärung. Aus ihrer Absicht, das Faktum der Migration nicht länger nur als einen Forschungsgegenstand verstehen zu wollen, der sich durch eine Vielzahl verschiedener theoretischer Brillen betrachten lässt, sondern als unhintergehbaren Ausgangspunkt von Forschung zu verstehen, machen die Autor_innen keinen Hehl. Einstweilen bleibt jedoch noch unklar, wie sich der hier skizzierte postmigrantische Ansatz von anderen Spielarten kritischer Gesellschaftstheorie unterscheiden und sowohl methodisch als auch inhaltlich besser abgrenzen lässt. Hier bleibt noch einiges an theoretischer Grundlagenarbeit zu leisten. Ein erster, durchaus vielversprechender Anfang allerdings ist mit dem Band gemacht.

Fußnoten

[1] Robert E. Park, *Human Migration and the Marginal Man* (1928), wieder abgedruckt in: Richard Sennett (Ed.), *Classic Essays on the Culture of Cities*, New York 1969, S. 131-142.

[2] Robert C. Redfield, *Peasant Society and Culture: An Anthropological Approach to Civilization*, Chicago, IL 1956.

[3] Exemplarisch dazu: Ludger Pries (Hg.), *Transnationale Migration (= Soziale Welt, Sonderband 12)*, Baden-Baden 1997; Thomas Faist / Margit Fauser / Eveline Reisenauer (Hg.), *Das Transnationale in der Migration*, Weinheim u. Basel 2014.

[4] Vgl. hierzu exemplarisch: Alejandro Portes / Ruben G. Rumbaut (Hg.), *Legacies. The Story of the Immigrant Second Generation*, New York 2001; Nina Glick-Schiller / Linda Basch / Cristina Szanton Blanc (Hg.), *From Immigrant to Transmigrant. Theorizing Transnational Migration*, in: *Anthropological Quarterly* 68 (1995), 1, S. 48-63

[5] Vgl. Sina Arnold / Jana König, *Flucht und Antisemitismus. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Studie für den Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus*, 2016.